

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen
Föderführendes Amt :Hauptamt

Datum Drucksache-Nr.:01-125-2019
25.11.2019

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Kultur- und Sozialausschuss	24.09.2019	Empfehlung				
Stadtverordnetenversammlung	12.12.2019					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Rückwirkende Satzung der Stadt Kremen zur Erhebung von Elternbeiträgen in den Kindertagesstätten der Stadt Kremen (Kita-Gebührensatzung) vom 01.01.2013 bis zum 31.08.2018
Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt die Satzung der Stadt Kremen zur Erhebung von Elternbeiträgen in den Kindertagesstätten der Stadt Kremen (Kita-Gebührensatzung). Diese Satzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft und mit Ablauf des 31. August 2018 außer Kraft.

Beratungsergebnis:

Gremium:	Sitzung am:	TOP
Anz. Mitgl. :19	dav. anwesend	Ja..... Nein..... Enthalt.....
Laut Vorlage.....	Abweichende Vorlage	

eingbracht durch :Bürgermeister
Bearbeiter :Frau Bianca Haak

.....
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung

Zum 01.09.2018 ist eine neue Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen in der Stadt Kremmen bereits in Kraft getreten.

Während einer Gerichtsverhandlungen beim Verwaltungsgericht Potsdam wurde signalisiert, dass die Kita-Gebührensatzung der Stadt Kremmen vom 15.12.2006 in einigen Punkten rechtswidrig sei.

Aufgrund dessen ist das Inkraftsetzen einer rückwirkenden Kita-Gebührensatzung für den Geltungszeitraum vom 01.01.2013 bis zum 31.08.2018 erforderlich.

Zwei wesentliche Änderungen beinhaltet die rückwirkende Kita-Gebührensatzung und wirkt sich wie folgt aus:

- In der Kita-Gebührensatzung der Stadt Kremmen werden rückwirkend alle unterhaltsberechtigten Kinder zur Berechnung des Kitabeitrages berücksichtigt und nicht nur die Kinder, die eine Kindertageseinrichtung der Stadt Kremmen besuchen.
- Darüber hinaus wird den Eltern das gezahlte Getränkegeld in Höhe von 2,00 € monatlich (1,00 € für Hortkinder) für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis zum 31.08.2018 zurückerstattet.

Die jeweiligen Höchstsätze für die drei Betreuungsarten Krippe, Kita und Hort überschreiten die durchschnittlich errechneten Platzkosten nicht.

Aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg vom 10. Oktober 2019 geht hervor, dass die Gemeinde nicht verpflichtet ist, bei der Kalkulation der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung in kommunalen Kindertagesstätten die grundstücks- und gebäudebezogenen Betriebskosten im Sinne des § 16 Abs. 3 Satz 1 KitaG unberücksichtigt zu lassen. Auch diese Kosten zählen zu den Betriebskosten, die in die Kalkulation eingestellt werden dürfen.

gez. B. Haak
Hauptamt

Finanzielle Auswirkung

Finanzielle Auswirkungen?

Siehe Beschluss-Nr. 01-132-2019

.....

.....

Kita-Platzkostenberechnung / Kostenträgerrechnung 2013:

Kindertagesstätten der Stadt Kremen

Die Gesamtkosten nach Kostenträger gewichtet je Monat:

1. Personalkosten tatsächl. pädagogisches Personal

Personalkosten gesamt:	2.043.835,75 €
Gesamt: institutionelle Förderung	1.585.264,53 €
Personalkosten abzügl. Personalförd.	458.571,22 €

2. Sachkosten im Sinne des § 15 Abs. 1 KitaG:

a) Miete für das Grundstück und Gebäude	- €
b) kalkulatorische Miete für das Grundstück und Gebäude	276.848,88 €
c) Abschreibungen auf Investitionen für eigene Gebäude	- €
d) Heizkosten	
Heizkosten Kitas und Hort	52.733,51 €
e) Gebäude- und Sachversicherungen	
Gebäudeversicherung Kitas	3.706,61 €
f) Wasser, Energie und öffentliche Abgaben	
Betriebskosten (Wasser, Energie und öffentliche Abgaben)	65.292,32 €
Strom	4.624,39 €
Abwasser, Schmutzwasser	1.983,29 €
allgemeine Wartungen	2.521,39 €
g) Erhaltungsaufwand für Grundstücke und Gebäude	
Dienstaufwendungen Hausmeister	52.253,02 €
Zusatzversorgungskasse Hausmeister	1.595,67 €
Sozialversicherungsabgaben Hausmeister	41.870,03 €
Gemeinkostenanteil Hausmeister (10% KgSt)	9.571,87 €
h) Aufwendungen für pädagogische Arbeit einschließlich Spiel- und Beschäftigungsmaterial	
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte (Weiterbildung, Qu)	9.378,83 €
Geschäftsaufwendungen	13.353,33 €
Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	6.010,07 €
Afa Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	45.209,26 €
Afa GWG	9.294,55 €
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	31.508,65 €
i) Schönheitsreparaturen und Wartungen der technischen Anlage	
Unterhaltung von Geräten und Ausstattungen	3.287,69 €
j) Pflege und Erhaltung der Außen- und Spielanlagen	
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen:	79.457,84 €
Geschäftsaufwendungen	406,93 €
k) Kosten für die Verpflegung	
Anteil Schulküche Kita Horte	123.240,46 €
Aufwendungen für den Erwerb von Vorräten in den Kita's/Hort	6.526,21 €
Geschäftsaufwendungen	496,68 €
l) Reinigung einschließlich Wäschereinigung und Sanitärbedarf (mit Hausmeister)	
Dienstaufwendungen Reinigung	161.385,50 €
Zusatzversorgungskasse Reinigung	4.556,19 €
Sozialversicherungsbeiträge Reinigung	28.586,32 €
Gemeinkostenanteil technisches Personal 10%	19.452,80 €
Reinigung Fremdienstleister	26.788,67 €
m) Ersatz und Ergänzung von Einrichtungsgegenständen	
Geschäftsaufwendungen	6.430,96 €
n) notwendige Versicherungen, die nicht unter Buchstabe e fallen	
Unfallkasse pädagogisches Personal (11107)	19.033,00 €
o) Verwaltungskosten des Trägers	
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen (medz. Vor	800,00 €
Fachbereich Kita (Anteil: 2 Sachbearbeiter)	51.094,28 €
Fachbereich Personal	36.006,66 €
Erstattungen / Zuschüsse	43.529,44 €
Sachkosten gesamt:	1.088.759,13 €
Sachkosten je Kind / je Monat	195,12 €

Platzkosten gesamt 2013:
Höchstbetrag gemäß Satzung 2006
Unterdeckung

Kinderkrippe (wöchentliche Stunden)					Gesamt	Kindergarten (wöchentliche Stunden)					Gesamt	KK+KG	Hort (tägliche Stunden)				Gesamt:
20	30	40	50	55		20	30	40	50	55			2,5 Stunden	4 Stunden	5,5 Stunden	7 Stunden	
Anzahl der Kinder																	
6	36	52	11	1	106	7	79	90	24	2	202	308	90	50	15	2	157
[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]	[€]
6.370,52	57.334,67	110.422,34	29.198,21	2.919,82	206.245,56	3.716,14	62.908,88	95.557,79	31.852,60	2.919,82	196.955,22		23.889,45	21.235,06	8.759,46	1.486,45	55.370,43
je Kind/Platz/im Jahr						je Kind/Platz/im Jahr							je Kind/Platz/im Jahr				
1.061,75	1.592,63	2.123,51	2.654,38	2.919,82		530,88	796,31	1.061,75	1.327,19	1.459,91			265,44	424,70	583,96	743,23	
je Kind/Platz/im Monat						je Kind/Platz/im Monat							je Kind/Platz/im Monat				
88,48	132,72	176,96	221,20	243,32		44,24	66,36	88,48	110,60	121,66			22,12	35,39	48,66	61,94	

Satzung
der Stadt Kremmen zur Erhebung von Elternbeiträgen
In den Kindertagesstätten der Stadt Kremmen
(KITA-Gebührensatzung)

Aufgrund des § 3 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I, S. 286) in der Fassung des Art. 4 des Gesetzes vom 13. März 2010 (GVBl. I Nr. 16, S. 3), des § 90 des Achten Buches des Sozialgesetzbuches (Kinder- und Jugendhilfegesetz) vom 08.12.1998 und des § 17 des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches – Kindertagesstättengesetz (KitaG) vom 27. Juni 2004 (GVBl. I S. 384) in der Fassung des Gesetzes vom 15. Juli 2010 (GVBl. I, Nr. 25) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen in ihrer Sitzung am XX.XX.2019 folgende Satzung beschlossen.

§ 1
Allgemeines

Die Stadt Kremmen betreibt zur Betreuung der Kinder Kindertagesstätten (Kinderkrippe, Kindergarten, Kinderhort) und erhebt für die Nutzung dieser Einrichtungen Elternbeiträge in Form von Gebühren.

Die Betreuungszeit richtet sich nach § 1 Abs. 3 des KITA-Gesetzes.

Die Benutzung der Kindertagesstätten wird durch den Abschluss von Betreuungsverträgen mit dem Personensorgeberechtigten geregelt.

§ 2
Betreuungszeiten

- (1) Die Betreuung wird von Montag – Freitag in der Zeit von 6 – 17 Uhr gewährleistet. Innerhalb der Öffnungszeiten kann die unter Berücksichtigung des Rechtsanspruchs vertraglich abgeschlossene Betreuungszeit nach Bedarf in Anspruch genommen werden. Bei Inanspruchnahme geminderter Betreuungszeit ist eine Betreuung nur in der Zeit von 6 – 12 Uhr und 14 – 17 Uhr möglich.
- (2) Einen Monat vor Eintritt des Rechtsanspruchs besteht gegen Entrichtung des anteiligen Elternbeitrages die Möglichkeit der Eingewöhnungsbetreuung. Die Betreuungszeit beträgt während der Eingewöhnungszeit max. 20 Wochenstunden und wird in der Zeit von 8 – 12 Uhr gewährt.
- (3) Als Regelbetreuungszeiten gelten für Kinder bis zur Einschulung 6 Stunden/Tag und für Kinder im Grundschulalter 4 Stunden/Tag.
- (4) Bei eingeschränktem bzw. erweitertem Rechtsanspruch ist ein Nachweis des Arbeitgebers vorzulegen, der die tägliche/wöchentliche Arbeitszeit der Eltern/Personensorgeberechtigten bescheinigt.
- (5) Für Kinder unter 3 Jahren richtet sich der Betreuungsumfang nach dem tatsächlichen Bedarf, der sich aus der häuslichen Abwesenheit der Eltern/Personensorgeberechtigten ergibt. Aus diesem Grund kann abweichend von der täglichen Betreuungszeit eine wöchentliche Betreuungszeit festgelegt werden. Auch für Kinder von 3 Jahren bis zum Schuleintritt kann

bei Bedarf eine wöchentliche Betreuungszeit vereinbart werden. Der Bedarf ist entsprechend nachzuweisen. Die Betreuungszeit für das Kind ist hierbei wochenweise im Voraus schriftlich in der Kita zu hinterlegen.

- (6) Bei Wegfall einer Voraussetzung, die den Rechtsanspruch begründet, endet der Betreuungsvertrag zum Monatsende, in dem das Ereignis eintritt. Es kann bis zum Eintritt des Regeanspruches 3 Monate als Karenzzeit gewährt werden. Der Rechtsanspruch innerhalb dieser Karenzzeit wird auf 20 Wochenstunden festgelegt.
- (7) Bei der Begründung des Rechtsanspruchs finden ärztliche Atteste des Hausarztes keine Beachtung. Bei Entwicklungsverzögerung ist durch die Frühförderberatungsstelle zu prüfen, ob ein Rechtsanspruch begründet ist. Während der Mutterschutzfrist ist ein Rechtsanspruch begründet. Nach Beendigung der Mutterschutzfrist entfällt der Rechtsanspruch.
- (8) Als verlängerte Regelbetreuungszeit gilt die Zeit, die über die festgesetzte Regelbetreuungszeit von einem Antragsteller für die Betreuung eines Kindes beansprucht wird.
- (9) Während der Ferien ist eine Betreuung der Hortkinder in der Zeit von 8 – 15 Uhr möglich. Eine Betreuung außerhalb dieser Zeit kann nur nach Vorlage einer Bestätigung durch den Arbeitgeber erfolgen.
- (10) Änderungen des Betreuungsumfanges müssen von den Personensorgeberechtigten bis zum 10. des Vormonats beantragt werden. Die Änderung wird grundsätzlich mit Beginn des der Neuregelung nachfolgenden Monats wirksam. Ausnahmen sind nur bei kurzfristiger Arbeitsaufnahme möglich.
- (11) Bei kurzzeitigen befristeten Aufnahmen in der Kita (z.B. bei Kuren) beträgt die Betreuungszeit max. 8 Std./täglich.
- (12) Bei einer Betreuung außerhalb des Rechtsanspruchs beträgt die Betreuungszeit max. 4 Std./täglich.
- (13) Eine Betreuung nach Punkt 11 und 12 ist nur im Rahmen der vorhandenen Kapazität möglich. Über die Aufnahme der Kinder entscheidet die Verwaltung in Absprache mit dem jeweiligen Kita-Leiter.
- (14) Während der Schließtage und der Schließzeiten besteht kein Anspruch auf Betreuung in der Kita. Die Schließzeiten der Kindereinrichtungen werden von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und werden bis spätestens 30. November des Vorjahres bekanntgegeben.

§ 3 Gebühren

- (1) Personensorgeberechtigte im Sinne des § 7 Abs. 1 SGB VIII haben Elternbeiträge zu entrichten. Diese werden als Gebühr erhoben und nach dem Elterneinkommen, der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder und dem vereinbarten Betreuungsumfang gestaffelt.
- (2) Neben den Elternbeiträgen ist nach § 17 Abs. 1 KitaG für das Mittagessen ein Essengeld zu entrichten. Das Essengeld wird gemäß § 17 Abs. 3 KitaG als öffentlich-rechtliche Forderung

erhoben. Ebenso wird für Schülerinnen und Schüler, die nicht in Kindereinrichtungen betreut werden, eine Gebühr für die Schulspeisung erhoben. Die Höhe dieser Gebühren ist in der Anlage 2 festgelegt, die Bestandteil dieser Satzung ist.

- (3) Das Essengeld in den Kindertagesstätten wird pauschal in 12 Monatsraten erhoben. 17 Tage im Monat sind kostenpflichtig. Mit den freien Tagen sind Ausfallzeiten wie Urlaub und Krankheit abgegolten, es erfolgt keine Rückerstattung des Essengeldes.

§ 4 Gebührensätze

- (1) Der monatliche Höchstsatz beträgt bei Regelbetreuungszeit für:
- | | |
|---|----------|
| - Krippenkinder (Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres) | 282,00 € |
| - Kindergartenkinder (Kinder vom vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt) | 194,00 € |
| - Hortkinder (Klasse 1 – 6) | 148,00 € |

Für die Inanspruchnahme einer verlängerten oder verkürzten Betreuungszeit erfolgt eine prozentuale Festsetzung der Gebühr nach Maßgabe von Absatz 3.

- (2) Der Mindestsatz beträgt für:
- | | |
|---|----------|
| - Krippenkinder (Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres) | 15,00 € |
| - Kindergartenkinder | 15,00 € |
| - Hortkinder | 10,00 €. |

Die Mindestsätze gelten für die Regelbetreuungszeit und die verkürzte Betreuungszeit. Für die Inanspruchnahme einer verlängerten Betreuungszeit erfolgt eine prozentuale Festsetzung der Gebühr nach Maßgabe von Absatz 3.

Empfänger von Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung nach SGB XII (Drittes und Viertes Kapitel) und Empfänger von Leistungen nach SGB II zahlen nur den Mindestbeitrag.

- (3) Beitragsstaffelung entsprechend dem Betreuungsbedarf
Für Kinder unter 3 Jahren:

Täglicher Betreuungsumfang	Wöchentlicher Betreuungsumfang	Beitragsstaffelung
Regelbetreuung von 6 Stunden	30 h	100 %
bis 2 Std.	10 h	70 %
bis 4 Std.	20 h	85 %
bis 8 Std.	40 h	115 %
bis 10 Std.	50 h	130 %

über 10 Std.	55 h	150 %
--------------	------	-------

Für Kinder von 3 Jahren bis zum Grundschulalter

Täglicher Betreuungsumfang	Wöchentlicher Betreuungsumfang	Beitragsstaffelung
Regelbetreuung von 6 Stunden	30 h	100 %
bis 2 Std.	10 h	70 %
bis 4 Std.	20 h	85 %
bis 8 Std.	40 h	115 %
bis 10 Std.	50 h	130 %
über 10 Std.	55 h	150 %

Für Kinder im Grundschulalter

Täglicher Betreuungsumfang	Beitragsstaffelung
Regelbetreuung von 4 Stunden	100 %
bis 2,5 Std.	85 %
bis 5,5 Std.	125 %
bis 7 Std.	150 %

Wird die festgesetzte Betreuungszeit ohne Vereinbarung an mehr als 2 Tagen im Monat überschritten, ist zum regulären Elternbeitrag ein zusätzlicher Beitrag in Höhe von 10,00 € pro Kind und angefangener Stunde zu erheben.

- (4) Für die Inanspruchnahme einer Betreuungszeit für Hortkinder während der Ferien über die vertraglich vereinbarte Betreuungszeit hinaus wird zusätzlich zum monatlichen Betreuungsgeld eine wöchentliche Gebühr erhoben, eine tageweise Betreuung ist nicht möglich.

Bei 1 h bis 2 h über die vertraglich vereinbarte Betreuungszeit	10,00 €
Bei 3 h bis 4 h über die vertraglich vereinbarte Betreuungszeit	15,00 €
Bei 5 h bis 6 h über die vertraglich vereinbarte Betreuungszeit	20,00 €.

Die Inanspruchnahme einer erhöhten Betreuungszeit in den Ferien ist 14 Tage vor Ferienbeginn anzumelden.

- (5) Der Tagessatz für die kurzzeitige befristete Betreuung nach § 2 Abs. 11 beträgt:
- | | |
|---------------------------------|---------|
| Bei einer Betreuung von 1 – 6 h | 45,00 € |
| Bei einer Betreuung von 7 – 8 h | 60,00 € |
- Das Essengeld ist im Tagessatz nicht enthalten.

- (6) Der Tagessatz für die Betreuung außerhalb des Rechtsanspruches nach § 2 Abs. 12 beträgt bei einer
Betreuung von 1 – 4 h im Krippenbereich 30,00 €
im Hortbereich 15,00 €
- (7) Bei Aufnahme eines Kindes vor dem 15. des laufenden Monats ist der volle Elternbeitrag, nach dem 15. des Monats 50 v.H. des für einen Monat zu entrichtenden Elternbeitrages, zu zahlen.
- (8) Beim Übergang von der Krippen- zur Kindergartenbetreuung erfolgt eine Neuberechnung ab dem auf den 3. Geburtstag folgenden Monat.
- (9) Vertragskündigungen sind bei der Kindertagesstättenverwaltung der Stadt Kremmen schriftlich einzureichen und werden mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende wirksam.

§ 5

Staffelung nach der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder

Der nach der Anlage 1 zu dieser Satzung errechnete Elternbeitrag ermäßigt sich ab dem zweiten unterhaltsberechtigten Kind für jedes Kind um 10 Prozent und mit jedem weiteren hinzukommenden unterhaltsberechtigten Kind jeweils um weitere 10 Prozent, maximal aber bis zur Höhe des Mindestbeitrags.

§ 6

Festsetzung der Gebühren

- (1) Die Gebühren werden vorbehaltlich der Absätze 4 und 5 für ein Kalenderjahr festgesetzt.
- (2) Die Grundlage für die Festsetzung der Gebühren ist 1/12 des positiven Jahreseinkommens des Vorjahres, das gemäß § 7 ermittelt wird.
- (3) Die Gebühren werden jährlich im Oktober für das Folgejahr neu festgesetzt. Die Gebührenpflichtigen haben der Stadt bis zum 30.09. geeignete Einkommensnachweise für das Vorjahr vorzulegen. Sofern dieser Nachweis nicht vorliegt, so wird der Höchstbeitrag erhoben.
- (4) Die Gebühren werden auf Antrag abweichend von Absatz 3 neu festgesetzt, wenn ein Gebührenschuldner über einen Zeitraum von mindestens zwei Monaten erwerbslos ist oder eine Einkommensminderung eintritt, die zu einer Reduzierung des festgesetzten Elternbeitrags führt. Die Neufestsetzung erfolgt ab Beginn des Monats, der der Antragstellung folgt. Bei Einkommensminderung durch Erwerbslosigkeit im Sinne von Satz 1 erfolgt die Neufestsetzung rückwirkend ab Beginn der Einkommensänderung.
- (5) Eine Neufestsetzung der Gebühren erfolgt, wenn sich das zur Berechnung herangezogene Nettoeinkommen im laufenden Jahr erhöht. Von den Personensorgeberechtigten muss hierfür innerhalb von 4 Wochen eine entsprechende Mitteilung an die KITA-Verwaltung der Stadt Kremmen erfolgen. Bei Nichteinhaltung der Mitteilungspflicht ist der Träger der Einrichtung berechtigt, Nachzahlungen zu verlangen.

§ 7
Ermittlung des anrechenbaren Elterneinkommens

- (1) Einkommen im Sinne dieser Satzung ist das positive Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres.
- (2) Zum positiven Einkommen im Sinne dieser Satzung gehören:
 - Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, Bezüge nach Besoldungsgesetz
 - Einkünfte aus selbständiger Arbeit
 - Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
 - Einkünfte aus Gewerbebetrieben
 - Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
 - Einkünfte aus pauschal versteuerten geringfügigen Einkommen
 - Renten und Pensionen
 - Unterhaltsleistungen
 - Krankengeld
 - Übergangsgeld
 - Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz
 - sonstige Leistungen nach SGBEin Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des veranlagten Ehegatten ist nicht zulässig.
- (3) Nicht angerechnet werden Elterngeld bis zu einer Höhe von 300 Euro monatlich bzw. Elterngeld Plus bis zu einer Höhe von 150 Euro monatlich (§ 10 Abs. 1 und 3 BEEG) sowie das Kindergeld.
- (4) Vom Einkommen abgesetzt werden die auf das Einkommen entrichteten Steuern, Beiträge zur Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung. Bei Einkommen aus selbständiger Arbeit, Land- und Forstwirtschaft oder Gewerbebetrieb werden vom Gesamtbetrag der mittels Steuerbescheid des Vorjahres nachgewiesenen Einkünfte 10% für Aufwendungen für die Altersvorsorge, die Beiträge zur Krankenversicherung in nachgewiesener Höhe sowie die durch das Finanzamt festgesetzte Einkommenssteuer abgesetzt.
- (5) Nachweisbare Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen für nicht zum Haushalt rechnende Familienangehörige werden vom Einkommen abgesetzt.
- (6) Die Einkommensverhältnisse sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen. Geeignete Unterlagen sind Lohnsteuerbescheinigung und -karten, Einkommenssteuerbescheide bei Selbständigen, Jahresverdienstbescheinigungen oder Einkommensnachweise nach SGB. Selbständige, die noch keinen Einkommenssteuerbescheid erhalten haben, haben ihr Einkommen im 1. Jahr durch eine aktuelle Selbsteinschätzung, welche vom Steuerberater zu bestätigen ist, unter Beifügung geeigneter Unterlagen, nachzuweisen. Wird nachweislich kein positives Einkommen erzielt, ist der Mindestbetrag der entsprechenden Betreuungsform unter Berücksichtigung der vereinbarten Betreuungszeit zu zahlen.

§ 8
Erhebung der Gebühren

- (1) Für das laufende Kalenderjahr werden für 11 Monate Elternbeiträge erhoben. Der Monat August ist beitragsfrei. Bei Neuanmeldungen im laufenden Jahr ist der Monat August nur beitragsfrei, wenn das Kind bis 31.03. des laufenden Jahres angemeldet wird. Mit dem

beitragsfreien Monat sind Ausfallzeiten in der Betreuung des Kindes (z.B. durch Krankheit, Urlaub oder durch Schließtage der Kindertagesstätte) abgegolten. Elternbeiträge sind auch dann zu entrichten, wenn das Kind nicht durchgängig anwesend ist. Diese Beiträge werden nicht zurück erstattet.

- (2) Beginn und Ende der Beitragspflicht wird in dem abzuschließenden Betreuungsvertrag zwischen dem Träger der Einrichtung und den Personensorgeberechtigten geregelt.
- (3) Die Elternbeiträge werden durch Gebührenbescheid festgesetzt und sind am 15. des jeweiligen Monats fällig.

§ 9

Übernahme der Elternbeiträge

- (1) Auf Antrag können die Elternbeiträge ganz oder teilweise vom Jugendamt übernommen werden, wenn die finanziellen Belastungen den Personensorgeberechtigten/Eltern nach § 90 Abs. 3 SGB VIII nicht zuzumuten sind. Anträge sind an das Jugendamt des Landkreises Oberhavel zu richten.
- (2) Für Kinder aus Pflegefamilien und Heimen (§§ 33, 34 SGB VIII) werden Elternbeiträge vom zuständigen örtlichen Träger der Jugendhilfe übernommen.

§ 10

Tagespflege

- (1) Ist die Betreuung eines Kindes im Alter von 0 bis vollendetem 2. Lebensjahr in der Kindertagesstätte nicht möglich oder unter den Voraussetzungen des § 18 des Kindertagesstättengesetzes ungeeignet, so kann Tagespflege vermittelt werden.
- (2) Zwischen den Eltern, der Tagespflegeperson und der Stadtverwaltung Kremmen ist eine schriftliche Vereinbarung entsprechend § 18 Abs. 3 KitaG erforderlich.
- (3) Die Eltern haben je nach Alter und Betreuungsbedarf des Kindes einen monatlichen Elternbeitrag gemäß der Beitragstabelle der Anlage 1 zu entrichten.
- (4) Für die Erhebung der Elternbeiträge finden die Vorschriften dieser Satzung Anwendung.

§ 11

Ordnungswidrigkeit

Ordnungswidrig handelt, wer beim Nachweis des positiven Einkommens unrichtige Angaben macht bzw. Einkunftsveränderungen gem. § 6 Abs. 5 versäumt, der Kita-Verwaltung der Stadt Kremmen zu melden. Nach § 15 des Kommunalabgabengesetzes kann eine Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden.

§ 12

Anlagen

Die Anlage 1 (Staffelung der Gebührensätze) und die Anlage 2 (Höhe des Essen- und Getränke-Geldes) sind Bestandteile dieser Satzung.

§ 13
Inkrafttreten/Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft und mit Ablauf des 31. August 2018 außer Kraft.

Kremmen, den XX.XX.2019

Bürgermeister der Stadt Kremmen